billige und gute
Cigarre
rauchen wollen, so gehen
Sie zu
Pfannkuch & Co.
Neuenbürg, Tel. 70.

Zu verkaufen
Flurgarderobe m. Spieg
Blumen-Krippe, Kleide
Bänder, polierter Büch
Schrank, Kleiderschrank,
gleiche polierte, 2 glei
Eichenbettstellen, poliert
Wellerspiegel, Waschto
kode mit Marmor u. Spieg
Auflag, Plüschsofa, Nußp
Tisch, Eichenkredenz, 3 W
Enge Eichenbank, Verti
gleiche Polsterröste, Pate
Röste, 2 Paar Roßha
Matratzen und anderes.
Tausch- und Verkaufsgesch
Schöttle, Pforzheim
Hüllsteinerstr. 18, Tel. 21

Schömberg.
Empfehle meinen vorzü
1919er
Hambacher Riesling
sowie
19er Heilbronner Trollinge
Weinstube Theurer

Waldrennach.
Drei junge, fehlerfrei
Nutz- und Fahrkühe
e mit Kalb, verkauft
Friedrich Ehrhardt

Schömberg.
Eine 24 Wochen trächtig
Nutz- und
Fahrkuh
kauft
Daniel Haug.

Pfannkuch & Co.
Versuchen Sie
unseren
frischgebrannten
Kaffee
das Pfd. zu 20 u. 24 M.
Pfannkuch & Co.,
Neuenbürg, Tel. 70.

Bezugspreis: vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 18.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 18.60 m. Postbest.-Geld.

Fälle von höherer Gewalt, jeder Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 60 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 45 ₰ extra. Reklame-Zeile ℳ 1.50, bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigen-Annahme tagsvor. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 99. | Neuenbürg, Montag den 2. Mai 1921. | 79. Jahrgang.

Zum Lebenskampf der deutschen Zeitungen.

Von Carl Esser, Stuttgart.

Es ist notwendig, daß neben den der Papierwirtschaft nahestehenden Kreisen die breitere Oeffentlichkeit Einblick in die Verhältnisse gewinnt und die Zusammenhänge erkennt, die neuerdings die deutschen Zeitungen in eine geradezu verzweifelte Lage gebracht haben. Wenn auch unter großen Schwierigkeiten, so war es doch möglich, in der Kriegszeit die Zeitungen im Rahmen einer straffen, von den Verlegern selbst durchgeführten Kontingentierung einigermaßen befriedigend mit Papier zu beliefern. Blätter, die eine starke Vermehrung ihrer Leserzahl aufzuweisen hatten, gerieten allerdings in jene Papiernot, die zu den weitgehendsten Einschränkungen des Lesestoffes und des Anzeigenteiles zwang. Lange Zeit konnten damals z. B. im „Stuttgarter Neuen Tagblatt" die Anzeigen nur ein Mal und in den denkbar engsten Raum zusammengepreßt Aufnahme finden; das verfügbare Papier reichte nicht aus, um alle Anzeigen zu veröffentlichen, sodaß selbst die eiligsten, wie Stellengesuche, leider häufig erst eine Woche nach ihrer Aufgabe zum Erscheinen kamen. Diese Papiernot ist längst überwunden, der kontingentmäßige deutsche Bedarf vollauf gedeckt und es wird sogar ein Ueberschuß von Papier herausgearbeitet, der bisher durch Ausfuhr seinen Absatz fand. An Stelle der Papiernot ist die Papierteuerung getreten. Der Preis des Zeitungspapieres betrug vor dem Krieg rund 20 Mark für 100 Kilo und ist seit dem 1. April auf 360 Mark, also um das Achtzehnfache gestiegen, während er sich in dem letzten Halbjahr auf 260 Mark stellte. Die neue Verteuerung macht eine Mark für jedes Kilo aus.

Diese wenigen Zahlen, die mit der Abonnentenziffer vervielfältigt einen in die Millionen gehenden Mehraufwand von einer größeren Zeitung verlangen, stellen die Lage vollständig klar. Sie werden jeden Zweifler belehren, daß selbst die kapitalkräftigsten Zeitungsunternehmungen Lasten von solcher Schwere nicht zu tragen vermögen. Aber diese Zahlen haben noch eine andere, für unsere Kultur und Volkswirtschaft nicht minder ernste Bedeutung. Von dieser Seite besehen, bleibt immer wieder zu bedauern, daß der Wert einer guten und unabhängigen Presse von der Führung des deutschen Volkes viel zu wenig erkannt ist. Jedenfalls findet eine derartige Erkenntnis keine tatsächliche Auswirkung, sonst hätte man nicht die Zeitungsanzeigen mit einer Luxus (!)-Steuer bis zu zehn Prozent belegen, die Post- bezw. Zustellgebühren nicht bis zur Unerträglichkeit in die Höhe schrauben und neben den allgemein erhöhten Porto-, Telegramm- und Telephonsätzen nicht die Frachten für das Zeitungspapier in die höchste Tarifklasse einordnen können. Von der wenig vertrauensvollen Fühlungnahme mit den Zeitungen und der meistens äußerst ungeschickt angelegten Einflußnahme durch sie auf die Oeffentlichkeit in diesem Zusammenhang nicht weiter zu reden. Wäre wirklich Einsicht und Verständnis vorhanden gewesen, so hätte der Reichswirtschaftsminister Scholz die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers nicht unter Uebergehung und gegen den Willen des sachverständigen Beirats der Wirtschaftsstelle ausgerechnet zu einem Zeitpunkt aufgehoben, als eine neue große Papierverteuerung eintrat und dazu sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands, insbesondere auch die Valutafrage, so sehr im Unklaren lagen, daß äußerste Vorsicht am Platze gewesen wäre.

Während bis zu der — entgegen einem wenige Tage zuvor gefaßten Kabinettsbeschluß und entgegen der Forderung sozusagen der gesamten deutschen Presse — anscheinend aus Verärgerung ganz überraschend erfolgten Aufhebung der Zwangswirtschaft die Papierpreise unter Mitwirkung der Reichsregierung festgesetzt wurden, sind die Zeitungsverleger von dem Diktat des Syndikats der Papierfabrikanten unterworfen. Dabei muß gerechterweise anerkannt werden, daß dieses Syndikat in der Vorkriegszeit eine durchaus verständige, maßvolle Preispolitik getrieben hat und sie, da die gleichen Persönlichkeiten an seiner Spitze blieben, hoffentlich auch weiter treiben wird. Erst recht jetzt, wo viele aus unzureichender Kenntnis der Sachlage oder um sich die Beurteilung bequem zu machen, die ganze Frage mit der Bemerkung vom „Papierwucher" abtun. Wenn es einen solchen Wucher geben sollte, so fängt er an beim Staat, der seine Holzbestände zeitweise allerdings zu unerhörten Preisen absetzte, ohne sich auf die angestrebte Verbilligung der Papierholzpreise so einzulassen, wie es für eine gesicherte Bearbeitung der Zeitungen erforderlich gewesen wäre. Er findet seinen Anklang in den Dividenden einzelner nord- u. mitteldeutscher Papierfabriken, die zu ihrer Höhe alles gewöhnliche Maß übersteigen. Zuverlässige Kenner aber behaupten, daß diese Riesengewinne nicht erzielt wurden an der Herstellung des Zeitungspapieres, sondern hauptsächlich an der Ausfuhr, an der Verschiebung des Verhältnisses zwischen Umsatz und Aktienkapital, nicht zuletzt an besonders rationellen Anlagen in unmittelbarer Nähe von Kohlengruben, ausgestattet mit übermäßigen Wasserkräften u. dergleichen überlegenen Maschinen. Aus Süddeutschland hat man auch weniger von ähnlichem kapitalistischem Uebermut erfahren und bezeichnend ist im übrigen, daß auch die sogenannten ringfreien, also nicht dem Verband angehörigen Fabriken genau die gleichen Preise nehmen, wie das Syndikat. Es gibt wohl kaum eine Industrie, bei der die durchschnittlichen Gestehungskosten schwerer klarzustellen sind, als bei der Papiererzeugung. Deshalb der ständige harte Kampf um eine effektive Preisbestimmung, aus dessen Begleiterscheinungen das harte Wort „Papierwucher" hervorgegangen ist, daß man der trotz allen erklärlichen und begründeten Unmutes nicht ohne weiteres auf jeden Papierfabrikanten anzuwenden berechtigt ist.

Eine wesentliche Ursache für das jetzige plötzliche Hinaufschnellen der Preise bildet neben der Erhöhung der Rohstoffe, namentlich des Zellstoffes, der Frachten u. a. m., das unglücklicherweise mit der Aufhebung der Bewirtschaftung und der Preissteigerung weiter zusammenfallende Ende bis dahin gewährter Rückvergütungen und Ausfuhrprämien. Die ersteren waren bis zum Schluß des abgelaufenen Jahres vom Reich übernommen und durch eine Ausfuhrprämie ersetzt worden, die aus einem allerdings vermeintlichen Exportübergewinn stark verbilligend auf den Papierpreis wirken sollte. Abgesehen davon, daß durch die neuerlichen Gewaltmaßnahmen der Entente frühere Vorstellungen von Exportgewinnen keine Verwirklichung mehr finden können, bemächtigte sich alsbald ein großzügig organisiertes Schiebertum der Papierausfuhr, begünstigt durch eine so famose Dreigliederung unserer Ausfuhr-Genehmigungsstellen, daß die eine nicht wußte, was die andere tat. Es rollte in Hunderten von Waggons Zeitungspapier als Klosettpapier deklariert nach Holland und in die westlichen feindlichen Länder, soviel, daß die Bewohner der ganzen Erde auf viele Jahre mit diesem, vielen halb- oder unkultivierten Zeitgenossen gänzlich unbekannten Bedarfsartikel gedeckt wären, wenn jenes Papier an seinem Bestimmungsort sich nicht wieder in Zeitungspapier verwandelt und die Rotationsmaschinen gespeist hätte. An diesen gewaltigen Schiebungen waren angeblich Leute aller Berufsstände, vom Eisenbahnarbeiter bis zum Entente-Offizier und Fabrikanten beteiligt.

Die deutschen Zeitungsverleger haben also mit Wirkung vom 1. April an mit erheblicher Papierverteuerung, mit Auflösung der Zwangswirtschaft und Wegfall aller preissenkenden Vergütungen zu rechnen. Dies alles in einem Zeitabschnitt, in dem überall, besonders auch in den Zeitungen, vom Preisabbau die Rede ist und mit Recht das Verlangen nach einem solchen gestellt wird. Man kann sich daher wohl vorstellen, daß sich das Empfinden der Zeitungsverleger direkt dagegen aufbäumt, an Stelle des Abbaues nochmals eine Erhöhung der Zeitungspreise vornehmen zu müssen. Es geschieht das wirklich nur der Not gehorchend und in den mäßigsten Grenzen, weil es einfach unmöglich ist, daß eine Zeitung, die nicht verkümmern und ihren Lesern etwas bieten will, für jeden Wagen Papier ohne weiteres 10 000 Mark mehr bezahlen kann. Die daraus hervorgehenden enormen Beträge können auch durch eine Gebührenerhöhung keine Deckung finden, sodaß die Opfer noch groß genug sein werden, die jeder Zeitungsverlag von sich aus zu bringen hat.

Mit jeder Verteuerung oder Einsparung bei den Zeitungen aber geht ein Stückchen deutsches Kulturgut verloren. Die ganz großen Blätter ziehen zum Teil schon ihre eigenen deutschen und im deutschen Sinne wirkenden Auslandsvertreter zurück, weil sie nicht mehr unterhalten werden können. Der naturgemäß immer kostspieliger gewordene geistige Gehalt der Zeitungen wird aufs schwerste beeinträchtigt, wenn die dafür erforderlichen Mittel beschnitten werden müssen. Die allgemeinen volkswirtschaftlichen Schäden sind größer als wohl durchweg angenommen wird, wenn die Anzeigen wegen der größeren Kosten verkleinert oder weniger aufgegeben werden. Die Gefahr zieht herauf, daß wohlbehütete Zeitungen in die Hände von nichtswissenden Spekulanten, von Kriegsgewinnlern oder zweifelhaften Interessengruppen fallen und das verschiedenartigste Unheil anstiften. Schließlich könnte sich auch ausländisches Kapital in liebevoller Zuneigung der deutschen Presse annehmen und damit den letzten Rest von Freiheit und Selbständigkeit in dieser wichtigen Vertretung der öffentlichen Meinung ersticken. Dies alles sind nur kurz angedeutete Gedanken, die sich die Reichsregierung hätte machen müssen, als sie jetzt die Zeitungen so rücksichtslos behandelte. Gedanken, die auch andere Stellen und Persönlichkeiten anstellen sollten, wenn sie sich nicht recht überlegen, daß die Presse nicht dazu da ist, um an sie nur Verlangen und Erwartungen zu stellen, sondern auch Stütze und Förderung erfahren muß, wenn sie leben soll.

Seit Jahresfrist haben die Zeitungsverleger zahlreiche Neulasten verschiedenster Art auf sich genommen, ohne sie irgendwie abzuwälzen. Dem neuen Druck können sie beim besten Willen aus eigener Kraft keinen Widerstand mehr leisten. Sie müssen deshalb erwarten, daß die Bemühungen ihres großen, alle nennenswerten Zeitungen umfassenden Hauptvereins beim interfraktionellen Ausschuß des Reichstages und beim Reichswirtschaftsrat nicht wirkungslos verhallen. Durch Zuweisung der Papierbeförderung und der zugehörigen Rohstoffe in eine vorteilhaftere Frachtenklasse, durch eine nicht nur große, sondern auch die mittlere und kleine Presse in gerechter Weise berücksichtigende Aenderung der Anzeigensteuer, durch eine auf Verbilligung des Inlandbedarfs hinzielende straffe Ausfuhrkontrolle und andere Maßnahmen wäre, wenn sie so schnell und entschieden zur Ausführung gelangen, schon eine Milderung der überaus kritischen, für viele Blätter geradezu verzweifelten Lage herbeizuführen. Wenn dann die Papierfabrikanten, die doch auch von der Erhaltung eines gesunden Zeitungswesens mehr oder weniger abhängig sind, noch ein übriges tun wollten, so würde das Schlimmste noch einmal abzuwenden sein. Die Zeitungsherausgeber wollen weder Geschenke noch Subventionen, sie ringen in ihrem Lebenskampf neben Aufrechterhaltung unanfechtbarer Selbständigkeit nach endlicher Gesundung, damit sie sich nicht dauernd zu sorgen brauchen, ob die Zeitungen in den nächsten Wochen noch bestehen können oder nicht. Was deshalb auch geschehen mag, darf nicht etwa nur auf den Augenblick eingestellt sein, sondern im wohlverstandenen Interesse der Leserschaft, der Geschäftswelt und der allgemeinen öffentlichen Aufgabe der Presse auf möglichst weite Sicht.

Deutschland.

Stuttgart, 30. April. Die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer ist nunmehr endgültig auf den 11. und 12. Mai festgelegt worden. Zur Beratung kommen Haushaltsplan 1921; Grundpläne zur Lehrlingsprüfung, sowie für Ziegen- und Bienenzucht; Reichsnotopfer und Umsatzsteuer; Landkrankenkassen; Getreide- und Milchdewirtschaftung 1921; Freigabe von Schrotmühlen; freier Handel für Hafer; Neckarkanalisation.

Frankfurt a. M., 30. April. Bei dem Landgericht Frankfurt a. M. schwebt seit einiger Zeit eine von dem kommunistischen Rechtsanwalt Dr. Paul Levi gegen den früheren württembergischen Staatspräsidenten Blos, den Staatsrat Dr. Haas-Karlsruhe, den hessischen Minister Dr. Fulda-Darmstadt, den Kreisamtmann Neumann-Pforzheim und den Kreisdirektor in Heppenheim gerichtete Schadensersatzklage. Die Ansprüche gründeten sich auf einen gegen Dr. Levi wegen spartakistischer Umtriebe erlassenen und vollzogenen Ausweisungsbefehl und seinen gewaltsamen Transport aus Württemberg nach Frankfurt. Das Landgericht Frankfurt hatte die Klage wegen Unzuständigkeit abgewiesen. Auf die von Dr. Levi eingereichte Beschwerde hat das Oberlandesgericht die Klage an das Landgericht Stuttgart verwiesen.

Frankfurt a. M., 30. April. Der am zweiten Osterfeiertag verübte Anschlag auf das Kulissenhaus des Opernhauses ist jetzt aufgeklärt worden. Es wurden 7 den anarchistischen Kreisen Frankfurts a. M. angehörenden Personen verhaftet, die bereits ein teilweises Geständnis abgelegt haben.

Essen, 30. April. Nach eingelaufenen Meldungen verteilte eine Anzahl Kommunisten am 28. April abends Handgranaten unter sich in der Absicht, sie zu Anschlägen auf die einzelnen Polizeireviere und Wachen zu verwenden. Eine Handgranate wurde noch in der Nacht gegen das Wachtlokal auf der Margarethenhöhe geworfen. Personen sind nicht verletzt. Es entstand nur Sachschaden.

Essen a. d. Ruhr, 30. April. Die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets beschloß einmütig, gegen die beabsichtigten Gewaltmaßnahmen einer militärischen Besetzung durch die Entente an alle Gewerkschaften und Arbeiterverbände im Ausland einen feierlichen Protest und zugleich die Aufforderung zu richten, bei den alliierten Regierungen darauf hinzuwirken, daß von dem Gewaltstreich gegen das deutsche Proletariat in letzter Stunde Abstand genommen wird.

Berlin, 30. April. Der deutsche Vertreter bei der Reparationskommission in Paris, von Oertzen, hat die Aufforderung der Kommission, an Beratung des Zahlungsplans der Entschädigungen teilzunehmen, als gegenwärtig zwecklos abgelehnt.

Vorbereitungen für den Einmarsch in Bayern?

Wie die „München-Augsburger Abendzeitung" mitteilt, laufen seit zwei Monaten fortgesetzt aus der Richtung Metz-Straßburg durch die Pfalz in der Richtung Ludwigshafen—Worms und Darmstadt Truppenzüge, die mit Marokkanern, Senegalnegern, Madegassen und anderen Farbigen besetzt sind und nach Aussagen der französischen Offiziere zum baldigen Einmarsch in das rechtsrheinische Bayern bei Aschaffenburg bestimmt seien.

Krisengerüchte.

Zu den Nachrichten über eine angebliche Krise im Kabinett wird von zuständiger Stelle erklärt: Es ist richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit ein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Maßgebend für den Entschluß des Ministers war sein Eindruck über die Stellungnahme der deutschen Oeffentlichkeit zu seiner Politik. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit Amerika hatte sich der Minister zugleich bereit erklärt, die Geschäfte seines Ressorts vorläufig weiter zu führen. Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett die Vorschläge des Reichsministers über die Fortführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen billigt, sondern auch die Reichstagsdebatte gezeigt hat, daß die Volksvertretung in ihrer großen Mehrheit diese Fortführung wünscht.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur politischen Lage

behandelt ein Leitartikel des „Vorwärts" vom Sonntag in bemerkenswerten Ausführungen. Es heißt darin in Entgegnung auf die ständigen Einladungen der Ententepresse, die deutsche Sozialdemokratie möge wieder in die Reichsregierung eintreten oder am besten die ganze Macht ergreifen, um eine deutsch-französische Verständigung herbeizuführen, wie folgt:

Um wieviel hat denn die Entente die deutsche Republik besser behandelt, als sie die deutsche Monarchie hätte behandeln können? Um wieviel ist von draußen her sozialdemokratischen Reichskanzlern und Ministern des Auswärtigen das Regieren leichter gemacht worden als den bürgerlichen? Man könnte es nach Lage der Dinge fast als eine Ehre betrachten, daß bisher ein Unterschied der Behandlung gar nicht zu bemerken gewesen ist. Wohl hat man uns gern angehört, wenn wir von den Opfern sprachen, die das deutsche Volk für eine ehrliche Völkerversöhnung zu bringen bereit ist. Aber wann immer wir genötigt waren, die Lebensinteressen des deutschen arbeitenden Volkes gegen mörderische Ansprüche des Ententekapitalismus zu verteidigen, hat man uns drüben beschimpft, und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

immer waren es dann Gewalt oder Gewaltandrohung, die das letzte Wort sprachen.

Darum sei den lockenden Stimmen von drüben gesagt, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gesonnen ist, dieses Spiel mitzuspielen. Sie hat die Verständigung gewollt, sie will sie noch und wird sie immer wollen, aber was sie will, das ist nicht die Verständigung zwischen Siegern und Besiegten, zwischen Herren und Knechten, sondern die zwischen Gleichberechtigten. Sie erkennt die Schuld des eigenen Volkes an die Entente an, will dazu helfen, sie abzutragen, aber sie will, daß Deutschland wie ein freier Mann in der Welt dastehen soll, der ehrlich seine Schulden bezahlt aus Einsicht und Selbstachtung und der das tun kann mit der begründeten Hoffnung, eines Tages seiner Verpflichtungen ledig zu sein. — Solange aber solche Gedankengänge wie die hier vorgetragenen bei den führenden Staatsmännern der Entente kein Verständnis finden, solange werden alle von draußen an uns gelangenden Einladungen, wieder die Regierung zu übernehmen, nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorrufen. Die Sozialdemokratie wird nicht daran denken, in kritischer Zeit gleich der gegenwärtigen die Regierungsgewalt freiwillig auf sich zu nehmen, wenn sie nicht ernste und schwerwiegende Gründe hat, anzunehmen, daß sie dadurch den Druck von außen erleichtern und wie der ganzen Welt, so auch dem eigenen Volke einen wertvollen Dienst erweisen kann."

Radaupolitik im Reichstag.

Die gestrige Reichstagssitzung bot wieder ein jammervolles Bild. Der Kommunist Höllein hielt eine dreistündige Brandrede, die er vor leeren Bänken hielt. Er brüllte diese an, daß sie zitterten und erzählte ihnen, wie es die Kommunisten machen würden, wenn sie erst die Macht in den Händen hätten: Dann würden sie das ganze Bürgertum „auf der Flucht" erschießen, so wie jetzt der arme Sylt von seinen verruchten Mördern erschossen worden sei. Eine zeitlang unterstützte ihn Adolf Hoffmann mit Zwischenrufen, indem er „Ihr seid alle Lausbuben" und ähnliches dem übrigen Reichstag zuschrie. Aber dann verschwand auch er. Auf dem Hochsitze thronte der Präsident allein, denn auch alle vier Schriftführer waren ausgerissen. Auf der Journalistenbühne wurde geschlafen. Gelegentlich fuhr man erschreckt zusammen, nicht etwa wenn „Schurke" oder „Mörder" da unten vom Redner besonders laut gebrüllt wurde, sondern wenn eine plötzliche Stille entstand, weil er mal wieder trinken mußte. Wir erfuhren, daß die Kommunisten die anständigsten Leute seien und die Leute immer sauber erschossen abgeliefert hätten; erst die verdammten Bourgeois hätten diesen nachher die Augen ausgestochen und sie so photographiert. Der Reichsinnenminister Koch legte darauf die Photographien, die Höllein erwähnt hat, auf den Tisch des Hauses und jeder Abgeordnete konnte sich davon überzeugen, daß die Verstümmelungen am lebenden, vermutlich noch blutarmen Körper vorgenommen worden sein müssen.

Die deutsche und französische Großindustrie.

Berlin, 30. April. Die Nachrichten, die von einem Versuch der Verständigung zwischen der deutschen und der französischen Großindustrie über die Reparationsfrage sprechen, haben sich in den gestrigen späten Abendstunden noch erheblich verstärkt. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß es keine andere Möglichkeit zur Lösung mehr gebe, als daß die am meisten unter dem Geldmangel leidende Großindustrie sich nunmehr darüber verständige, in welcher Weise sie dieser Folge des Krieges durch gemeinsame Arbeit entrinnen kann. Ob es gelingt, diese Verhandlung heute schon zu einem praktischen Resultat zu bringen, kann im Augenblick nicht gesagt werden. Sicher aber ist, daß Verhandlungen auch im Falle einer neuen Besetzung des Ruhrgebiets und des Industriegebiets von Westfalen nicht ohne weiteres abreißen werden. Sie sollen solange fortgesetzt werden, bis sich eine Form der Lösung für die Reparationsfrage gefunden hat. In englischen Kreisen steht man diesem Problem nicht so ungünstig gegenüber. Es verlautet, daß auch der englische Botschafter Lord D'Abernoon ähnliche Vorschläge mit nach London mitgebracht hat.

Deutschland zu weiteren Beweisen seines guten Willens bereit.

Berlin, 30. April. In einer Unterredung, die der Berliner Korrespondent des „Newyork Herald" heute mit Außenminister Dr. Simons hatte, erklärte dieser u. a.: Dem Präsidenten Harding ist jede Gelegenheit geboten, zu den Wiederherstellungsvorschlägen, die wir ihm überreicht haben, Rückfragen zu stellen. Es ist nur selbstverständlich, daß in einem solchen Angebot, wie wir es gemacht haben, nicht alle Details als feststehend angesehen werden können. Wenn Präsident Harding nach unseren Ansichten fragt, so werden wir bereit sein, ihm weitere Beweise unseres ernsten Willens zu geben. Ich muß Ihre Aufmerksamkeit auf die Klausel unseres Angebots lenken, in der vorgeschlagen wird, einer Sachverständigenkommission Vollmachten zu geben, um über alle Fragen, die Deutschlands Leistungsfähigkeit in der Reparationsfrage betreffen, zu entscheiden. Diese unsere Bereitschaft beweist zur Genüge, daß wir vor einer eingehenden Analyse unserer wirtschaftlichen Lage nicht zurückscheuen und auch nicht davor, die Folgen einer solchen Untersuchung zu ziehen.

Nun ist es ja Tatsache, daß Lord D'Abernoon mit Dr. Simons Besprechungen gehabt hat, und nach London berufen worden ist. Die Vermutung, daß D'Abernoon neue Vorschläge mitbringt, liegt also nahe. Wie man sich sie ungefähr denken mag, zeigt nachstehende Meldung.

Straßburg, 30. April. Die heutigen Straßburger Morgenblätter berichten aus Berlin, es verlaute, daß Minister Simons am heutigen Samstag dem Obersten Rat in London neue Vorschläge unterbreiten und die im Pariser Abkommen festgesetzten Annuitäten in Höhe von 226 Milliarden Goldmark annehmen werde.

Ausland.

Brüssel, 30. April. Im Falle der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Alliierten beabsichtigen die belgischen Sozialdemokraten aus der Regierung auszutreten.

Paris, 30. April. Nach einem Kabeltelegramm der Chicago Tribune aus Washington ist an Deutschland kein direktes Ansuchen um Abänderung der Vorschläge gerichtet worden. Staatssekretär Hughes habe jedoch die Hoffnung auf Verhandlungen noch nicht aufgegeben, selbst für den Fall, daß die Entscheidung nicht vor dem Einrücken der französischen Truppen ins Ruhrgebiet erfolge.

London, 29. April. Der englische Grubenarbeiterstreik hat gestern abend wieder eine Wendung zum Schlimmen genommen. Nachdem am Morgen und Nachmittag verschiedene Besprechungen zwischen den Grubenleuten, den Besitzern und der Regierung stattgefunden haben, trat am Abend die Nationalkonferenz der Bergleute zusammen und verwarf das Angebot der Grubenherren. Die Verhandlungen sind neuerdings abgebrochen. Eine Anzahl Delegierte hat gestern bereits London verlassen und sind nach ihren Bezirken zurückgereist. Der Streik geht weiter.

Washington, 30. April. Das Repräsentantenhaus hat mit großer Mehrheit beschlossen, daß keine Flottenneubauten in Angriff genommen werden dürfen, bevor Harding eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen habe.

Schwarze Truppen für den Einmarsch.

Die für die Besetzung des Ruhrgebiets bestimmten schwarzen Truppen sind von Marseille gekommen und in Mainz bereitgestellt. Es handelt sich um ungefähr 24 000 Mann, die bereits vergangenen Winter im Rheinland gestanden haben und um 20 000 Mann aus Cilizien, die im Abtransport sind. Letztere sind zum Teil in Marseille eingetroffen und bestehen hauptsächlich aus Senegalnegern. Außer diesen schwarzen Streitkräften soll das 1. französische Korps aus Lille, zusammen mit der 4. Kavalleriedivision aus Sedan, zur Besetzung des Ruhrgebiets über Belgien herangezogen werden. Die Besetzung selbst ist angeblich so geplant, daß eine Kolonne Solingen, Remscheidt, Elberfeld, Barmen und Hagen, eine andere stärkere Essen, Dortmund und Hamm besetzen würden. Die Besetzung wird in der Hauptsache nur durch Franzosen ausgeführt und soll sich auf dem rechten Rheinufer auf ein Gebiet von 100 Kilometer Länge und 40 Kilometer Breite erstrecken. Wie das „Echo de Paris" mitteilt, müssen die Angehörigen der Jahresklasse 1921 damit rechnen, die Einberufungsordre Anfang nächster Woche zu erhalten.

Das „arme Frankreich".

Die Pariser Ausgabe des „Newyorker Herald" bringt einen Artikel unter der Ueberschrift „Das arme Frankreich", in dem es u. a. heißt:

„Die Schnelligkeit, mit welcher Frankreich sich von der auf den Krieg folgenden Depression erholt, kann nicht besser veranschaulicht werden, als durch gewisse Zahlenangaben, welche die französische Kommission macht, die sich augenblicklich in den Vereinigten Staaten aufhält. Ein Viertel des Gesamteinkommens der Nation wurde 1920 in Wertpapieren angelegt, mehr als 42½ Milliarden Franken in Regierungs-, Departements- und Stadtanleihen, 8 Milliarden Franken in anderen Anleihen, mehr als 5 Milliarden in Privataktiengesellschaften. Die Vermehrung dieser Art von Anlagen ist am bemerkenswertesten. Die Gesamtsumme 1920 ist fünfmal größer als 1910 und 12 Milliarden größer als 1918 und 1919 zusammengenommen war."

Ein offenherziges Französisch.

Paris, 30. April. Das „Journal des Debats" unternimmt einen energischen Vorstoß gegen jede Rückkehr zum Pariser Abkommen. Noch selten dürfte in einem Artikel in plumperen Ausdrücken der französische Standpunkt zu der Frage der Entschädigung dargelegt worden sein. Auguste Gauvain sagt u. a. folgendes: Deutschland schuldet den Verbündeten 132 Milliarden Goldmark. Man muß es auffordern, diese Schuld in einer gewissen Zeit zu begleichen. Da Deutschland dieses Geld nicht besitzt und auch keinen Wert von gleicher Höhe, den man pfänden kann, muß man sich sichern, daß es die Vermögensstücke, die es noch besitzt, anständig verwaltet. Also muß man zuerst pfändbare und verkaufbare Sicherheiten nehmen und dabei so verfahren, wie man gegenüber Ehegatten und Vätern verfährt, die Frauen und Kindern Alimentationen leisten müssen. Man muß dem Deutschen sagen: Arbeite, und wenn du fertig bist mit deiner Arbeit, dann arbeite noch bis Mitternacht, bis 1 Uhr morgens, damit du Werte schaffst." Wenn Deutschland schreit, muß man es heulen lassen. Wenn es Ausstände macht, muß man ihm den Gürtel, den es um den Leib trägt, enger schnüren. Ein Volk kann nicht wie ein einfacher Gefangener einen Hungerstreik organisieren. Nach einigen Tagen der Prüfung wird sich dann vielleicht das deutsche Volk gegen seine Regierung, gegen seine Junker, gegen seine Militaristen und gegen seine Professoren wenden. Es wird sie beiseite schieben, und das ist dann die Gerechtigkeit. Die ganze deutsche Politik ist auf Expressung aufgebaut. Jetzt, nachdem man endlich den Missetäter matt gesetzt hat, muß man ohne Bedenken die Gewalt anwenden, die man besitzt, und den schlechten Willen niederschlagen.

Die französischen Pläne,

die Minister Loucheur in London verteidigte, stellen sich nach dem „Echo de Paris" folgendermaßen dar: 1. Auferlegung einer Steuer von 30 Goldmark pro Tonne Kohlen; 2. 50 Proz. Steuer auf die Ausfuhr; 3. 30 Prozent Beteiligung an den deutschen Industrien; 4. Lieferung von Fertigwaren für die zerstörten Gebiete. Dieses System soll mit einigen Abänderungen nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in ganz Deutschland zur Durchführung kommen. Weiter soll eine interalliierte Kommission über die deutschen Schulden eingesetzt werden, um die im Vertrag von Versailles niedergelegten Gedanken in die Tat umzusetzen. Es soll eine Generalhypothek über alle deutschen Besitzungen eingeführt werden, die die interalliierte Schuldenkommission verwalten wird. Was die Forderung der 12 Milliarden Goldmark betrifft, hat einer der französischen Sachverständigen wieder beantragt, daß die eine Milliarde und eine Million des Goldes der Reichsbank an die Alliierten abgegeben werden soll, daß weiter von den deutschen Industrien 6 bis 7 Milliarden Goldmark aufgebracht und daß zuletzt die in Händen der deutschen Kapitalisten befindlichen Wertpapiere, die ungefähr 3 Milliarden Goldmark ergeben sollen, gleichfalls den Alliierten übermittelt werden sollen.

„Harding tut sein Möglichstes".

Paris, 29. April. Wie die „Chicago-Tribune" berichtet, übt man in gewissen amerikanischen Kreisen sehr scharfe Kritik, die eine Einmischung der Vereinigten Staaten in die europäischen Angelegenheiten bedeute, und somit dem früheren politischen Programm der gegenwärtigen amerikanischen Regierung glatt zuwiderlaufe. Durch diese Politik sei die Regierung der Vereinigten Staaten in der Wiedergutmachungsfrage und nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages Verpflichtungen eingegangen. Andererseits erfährt das Blatt, daß Harding sein Möglichstes tue, um die Wiedergutmachungsfrage zu einer Lösung zu bringen, da es im finanziellen und kommerziellen Interesse der Vereinigten Staaten liege, eine Wiederaufrichtung Europas, die größtenteils von Deutschland abhänge, zu beschleunigen. Harding will die Frage des amerikanischen Friedens mit Deutschland in der Schwebe lassen, bis in der Reparationsfrage eine Entscheidung gefaßt sei.

Die Tagesordnung für London.

Paris, 30. April. Wie Pertinax im „Echo de Paris" mitteilt, stehen sechs verschiedene Punkte auf der Tagesordnung des Obersten Rats: Die Frage des Ultimatums. Hier sei der Standpunkt der Franzosen der, daß das Datum des 1. Mai schon an und für sich eine Art Ultimatum darstelle. Das Abkommen von Paris. Die Engländer wollten seine Forderungen herabsetzen, die Franzosen darüber hinausgehen, um auf das Niveau zu gelangen, das die Reparationskommission festgesetzt habe. Die Frage der 12 Milliarden Restschuld und Artikel 235. Die Besetzung des Ruhrgebiets, das französischerseits nicht als Druckmittel, sondern als ein dauerhaftes Pfand für die Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland unterzeichnet habe, angesehen werde. In London glaube man jedoch nicht, daß die Verbündeten in der Lage sein werden, mit Nutzen das Ruhrgebiet auszubeuten. Die Einzelheiten der Besetzung des Ruhrgebiets. Abgesehen davon sind die belgischen und französischen Minister auf dem Standpunkt, daß die Besetzung nicht nur wegen schlechten Willens in der Reparationsangelegenheit erfolgen würde, sondern wegen Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage.

Paris, 30. April. Die Sitzung des Obersten Rates hat in London heute mittag um 3 Uhr begonnen. Lloyd George und Briand hatten um ½12 Uhr eine Unterredung, die 20 Minuten gedauert hatte.

Auch Bulgarien vor der Zwangsvollstreckung.

Belgrad, 30. April. Einer Blättermeldung aus Sofia zufolge hat der bulgarische Handelsminister Tolakov in einer Note der Reparationskommission mitgeteilt, daß Bulgarien außerstande sei, eine einzige Verpflichtung des Friedensvertrages auch bis zum 1. Mai 1923 durchzuführen.

Fast alle hiesigen Blätter fordern die Regierung auf, falls sich diese Nachricht bewahrheiten sollten, eine energische Haltung gegenüber Bulgarien in der Frage der Durchführung des Friedensvertrages einzunehmen und dem Beispiel der Entente in der Erzwingung ihrer Forderungen von Deutschland zu folgen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 2. Mai. Mit nebligem, dunstigem Wetter, Sonnenschein und Gewitterregen — letzterer übrigens eine recht willkommene Gabe für die lechzende Natur — so führte sich der 1. Mai ein. Ausgiebig wurde der Tag zu Wanderpartien in die nähere und weitere Umgebung benützt. So auch der gemeinsam unternommene Vormittagsausflug des Vereine Liederkranz und Krieger-Verein II über Engelsbrand, Büchenbronner Aussichtsturm nach Büchenbronn. Nachdem auf dem Marktplatz noch 2 Frühlingslieder erklungen waren, gings mit „militärischer Pünktlichkeit", alles in allem etwa 80 Köpfe stark, unter frohem Liederklang zum Städtchen hinaus. Auf dem Münster wurde der jederzeit dienstbereiten Frau Studienrat Schiler, welche demnächst mit ihrem Gatten unsere Stadt verläßt, ein Morgenständchen dargebracht. Dann gings durch den vielbesungenen Wald, welcher im ersten Frühlingsschmuck prangte und durch grünende Felder über Engelsbrand zum ersten Ziel, dem Büchenbronner Aussichtsturm, der von den meisten Teilnehmern bestiegen wurde. Leider gestattete das dunstige Wetter keine besondere Fernsicht. Unter „kundiger Führung" zog man dann auf verschiedenen Pfaden nach Büchenbronn, wo die Wanderlustigen in der „Linde" gastliche Aufnahme und Atzung fanden. Hier entwickelte sich ein lustiges Leben, verschönt durch prächtige Männerchöre und gewürzt durch Ansprachen von Vorstand Gollmer und Schriftführer Schurr vom Kriegerverein, welche der Befriedigung über die Veranstaltung Ausdruck verliehen, die Pflege des deutschen Liedes und des Kameradengeistes anregten und die Hoffnung aussprachen, auch künftig gemeinsame Ausflüge zu unternehmen. Um ½12 Uhr wurde unter Liederklang, Scherz und Humor der Abstieg nach Birkenfeld angetreten; von dort brachte das Dampfroß die frohe Wanderschar in die Heimat, wo nach Einzug unter Sang und Klang der Zug sich auf dem Marktplatz auflöste, vollbefriedigt über die vom Wanderwetter begünstigte Veranstaltung.

Neuenbürg, 29. April. (Leer gebraucht!) Für leer zurückgehendes Packungsmaterial (Kisten, Körbe, Flaschen, Säcke usw.) muß neuerdings beim Ausfüllen der Frachtbriefe geschrieben werden: „Leer gebraucht", nicht „Leer zurück", da sonst die Fracht eine erhöhte ist.

Württemberg.

Freudenstadt, 30. April. (Die Murgtalautolinie.) Die Murgtal-Autoverbindung Klosterreichenbach—Forbach wird am 1. Mai eröffnet. Damit ist eine Einrichtung geschaffen worden, die den bisher ganz schlechten Verkehrsverhältnissen des unteren Murgtales Rechnung getragen.

Bietigheim, 30. April. (Veruntreut.) Der Leiter des hiesigen Bezirksarbeitsamts, Schroth hat während der Bewirtschaftung der Schuhe und Kleiderstoffe 4000 Mark unterschlagen. Bekanntlich wurde er schon vor einiger Zeit wegen früherer Verfehlungen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Als Nachfolger für ihn wurde Kaufmann Häcker in Lauffen bestellt.

Heilbronn, 29. April. (Sich selbst angezeigt.) Vor dem Schwurgericht stand der 24 Jahre alte Weingärtner Karl Schilpp-Oberstenfeld, der sich selbst angezeigt hat, einen Meineid geleistet zu haben. Vor dem Amtsgericht Marbach hat er im Jahre 1916 in einer Alimentensache geschworen, daß die Vaterschaft bei einem Mädchen nicht festgestellt werden konnte. Nach seiner Vernehmung aus der damaligen Verhandlung hatte er zu dem Mädchen gesagt: Wie du mir einen Possen gespielt hast, habe ich es auch getan. In den letzten 5 Jahren war Schilpp durch schwere Verwundung im Krieg und durch Unglück in der Familie heimgesucht, er schloß sich einer religiösen Gemeinde an, wo ihm der Rat erteilt wurde, sich dem Strafrichter zu stellen. Die Geschworenen erkannten auf Meineid, bejahten die Mildernungsgründe und empfahlen den Angeklagten zur Begnadigung. Das Gericht verurteilte Schilpp zu 6 Monaten Gefängnis.

Böblingen, 30. April. (Neue Maschinenfabrik.) Dieser Tage wurde eine neue Aktiengesellschaft mit 4 Millionen Mark Kapital gegründet, die den Ankauf und Ausbau der hiesigen Flugzeugwerft und deren Umwandlung in eine Maschinenfabrik bezweckt. Es sollen dort Automobile und Motoren hergestellt werden. Dem Aufsichtsrat gehören an: Direktor Deutzen-Berlin, Bankier Pick-Stuttgart und Rechtsanwalt Dr. Thalmessinger-Stuttgart. Die Aktien werden zu 106 Prozent ausgegeben.

Rottweil, 30. April. (Diebstähle in der Waffenfabrik.) Vor der Strafkammer standen 17 frühere Angestellte bezw. Arbeiter der Waffenfabrik Mauser in Oberndorf wegen Diebstahls und Hehlerei. In den letzten Jahren kamen in dieser Fabrik verschiedene Diebstähle von Pistolen vor, mit denen ein schwunghafter Handel getrieben wurde. Im ganzen wurden für 7000 Mark Pistolen gestohlen und wieder veräußert. 21 Angeklagte wurden wegen Diebstahls und Hehlerei zu Gefäng-

Bezugspreis: vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 13.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 13,60 m. Postbest.-Geld.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Postkonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

№ 100.

Deu

Stuttgart, 1. Mai. Die [illegible] Ganser, Lins und [illegible] haben an das Arbeitsministeri[illegible] von verbilligtem Mais an d[illegible] Getreide haben sich mannigfa[illegible] ist am meisten zu bedauern, [illegible] eine größere Familie zu er[illegible] haben, weiterhin solche, die i[illegible] usw.) das Pflichtfoll von [illegible] ker ausgeben. Andererseits [illegible] giebigem Maße der Maisbe[illegible] an den kleinen, bei der am[illegible] Landwirten den für sie am[illegible] ginglich zu machen — von [illegible] rungen nicht zu reden —, v[illegible] die Hände des Großhandels [illegible] Großbrennereien, Nährmittel[illegible] der kleinen Landwirtschaft zu[illegible] schwäbischen bäuerlichen Be[illegible] Maisbezugsscheine wahrnehm[illegible] frage gestattet, ob nicht durch[illegible] Verfügung, wenn auch noch [illegible] Bezugsscheinen zur Verwendu[illegible] legt werden kann. Weiter [illegible] möglich gemacht werden, auf [illegible] Bezirksabgabestelle von dem [illegible] festgesetzten Höchstpreis ihren [illegible]

Stuttgart, 30. April. [illegible] die Regierung eine Nachprüf[illegible] lassen. Das Ergebnis dieser [illegible] eines Gesetzentwurfs wegen [illegible] das Staatsministerium gelang[illegible] lag vorgelegt werden. An [illegible] wurf im wesentlichen nur „[illegible] pflichten" vor, um dem Sta[illegible] er, in allen Fällen, wo es n[illegible] durch andere Vorschriften de[illegible] die Inanspruchnahmen der [illegible] Gebühren zu erheben oder [illegible] entsprechende Aenderungen [illegible] Tarifsätze vorgeschlagen. [illegible] erwartete Mehranfall ist auf etw[illegible] geschätzt.

Münster i. W., 1. Mai. [illegible] wie, daß in Essen der Regi[illegible] schen Zeitungen „Ruhrecho" [illegible] stamme" in Remscheid bis auf [illegible]

Weimar, 1. April. Das [illegible] daß die beiden Kommunisten [illegible] der Realschule und Lehrer [illegible] schule, beide in Ruhla, um dere[illegible] Einwohner von Ruha ihre [illegible] Söhne schickten, ihre Lehrtäti[illegible] namentlich Dr. Neubauer die [illegible] wissen erziehen will, beschloß d[illegible] Schule in Ruhla die Söhne [illegible] und sie in die Volksschule zu[illegible] Betrieb der Realschule unterbr[illegible]

Berlin, 1. Mai. Wie die [illegible] hört, findet in den nächsten T[illegible] der Sowjetgesandten im Au[illegible] dazu aus London hier erwart[illegible]

Berlin, 2. Mai. Nach W[illegible] ger" zugehen, wimmelt es in [illegible] seren General Nissel hätte [illegible] über wichtige Besprechungen [illegible] sammenarbeiten mit den an d[illegible] der französischen Truppen für [illegible] salen in Oberschlesien.

Die neue Orts

Dem Reichstage ist der G[illegible] vorläufige Neuaufstellung be[illegible] gangen. Nachdem die erste v[illegible] der vorigen Jahres, wonach [illegible] Gemeinden teilweise höher ein[illegible] Dringlichkeiten und berechtigten [illegible] hat hat, hat sich die Regier[illegible] endgiltigen Regelung entschlossen, [illegible] ausdrücklich bestimmt, daß die [illegible] ung vom 1. April 1920 an [illegible] soll. In der neuen vorläufig[illegible] 176 Orte höher eingestuft. [illegible] Klasse C 132; von D nach A [illegible]

Reichsrat und Reichstag [illegible] en bloc annehmen. Er enth[illegible] Einteilung:

In Klasse A wird eingere[illegible]
In Klasse B: Kornwestheim
In Klasse C: Böblingen, [illegible] heim, Eßlingen, Böckingen, [illegible] Vermenz-Mühlacker, Neckarsu[illegible] gen a. F., Vaihingen a. [illegible] lingen, Rottweil, Schwen[illegible] len, Gmünd, Heidenheim, [illegible] gen, Friedrichshafen, Ulm.
In Klasse D: Backnang, [illegible] Hedelfingen, Rohracker.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw